



Flagge der Christlich Demokratischen Union in der DDR

Handreichung FAQs zur Geschichte der CDU in der SBZ/DDR¹

Alexander Brakel | Ulrike Hospes

Zum Mitnehmen

- Im Unterschied zur SED wurde die CDU nicht durch die Besatzungsmacht, sondern in allen vier Besatzungszonen dezentral auf lokaler und regionaler Ebene gegründet. Gemeinsam war der Wille zur Überwindung der konfessionellen Schranken und Integration aller sozialen Schichten.
- Nach der Absetzung zweier Vorstände durch die sowjetische Besatzungsmacht 1945/47, Verhaftungen und Verurteilungen musste sich die CDU in der SBZ immer weiter dem Blocksystem unterwerfen. 1952 akzeptierte sie die führende Rolle der SED „vorbehaltlos“.
- Die CDU in der DDR war Teil des Systems, nicht jedoch der Macht. In den staatlichen Organen war sie nur soweit vertreten, wie es die „Nationale Front“ zuließ.
- Der Parteieintritt konnte Loyalität und zugleich Distanz zur SED ausdrücken. Er eröffnete eingeschränkte Karrieremöglichkeiten, jedoch keine beruflichen Spitzenpositionen.
- Bereits vor dem Fall der Mauer trat der Vorsitzende Gerald Götting aufgrund des parteiinternen Drucks zurück. Am 10. November wurde Lothar de Maizière neuer Vorsitzender. Bei einem Sonderparteitag 1989 distanzierte sich die CDU (Ost) klar von ihrer Vergangenheit und bekannte ihre „Schuld an den Deformationen (...) unseres Landes“, befürwortete die deutsche Einheit und erteilte dem Sozialismus eine Absage.
- Die CDU (West) hat sich immer sehr kritisch mit der CDU in der DDR auseinandergesetzt. Bis zur Wiedervereinigung gab es keinerlei offizielle Kontakte. Die Selbstreinigung 1989/90 war Teil der Friedlichen Revolution und unerlässliche Vorbedingung für eine Zusammenarbeit.

INHALT

- 2 |** Wie erfolgte die Gründung der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)?
- 2 |** Welche Parteien gab es neben der CDU in der SBZ/DDR?
- 4 |** Welchen Repressalien war die CDU in der SBZ ausgesetzt?
- 4 |** Warum gab es zwei „CDUs“?
- 5 |** Wie wurde die Ost-CDU zur Blockpartei?
- 5 |** Vertraute die SED der Ost-CDU?
- 6 |** War die Ost-CDU die Vertretung der Christen in der DDR?
- 7 |** War die Ost-CDU ein Teil des DDR-Machtapparats?
- 7 |** Waren die Motive für einen Eintritt in die Ost-CDU die gleichen wie für einen Eintritt in die SED?
- 7 |** Was waren die Voraussetzungen für eine Annäherung von CDU und Ost-CDU 1989/90?
- 11 |** Wo blieb das Vermögen der CDU?
- 12 |** Wie hat sich die CDU zur Ost-CDU und ihrer Vergangenheit gestellt?
- 14 |** Auf einen Blick

Wie erfolgte die Gründung der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)?

Zur Info: Offiziell nannte sich die CDU in der DDR „Christlich Demokratische Union Deutschlands“ (CDUD). CDU hingegen bezeichnet im Folgenden die Partei in den westlichen Besatzungszonen bzw. in der Bundesrepublik Deutschland.

Wie u.a. in Köln, Hamburg und Frankfurt berieten auch in Berlin Überlebende des Widerstandes, der christlichen Gewerkschaften, ehemalige Mitglieder des Zentrums und der Bekennenden Kirche die Gründung einer überkonfessionellen Partei. Im Gegensatz dazu wurde die KPD (später SED) von in Moskau geschulten Führungskadern (u.a. „Gruppe Ulbricht“) auf Geheiß der sowjetischen Besatzungsmacht gegründet.

Kerngedanke aller christdemokratischen Gründungen war die Schaffung einer auf christlichen Wertvorstellungen basierenden demokratischen Volkspartei, die die konfessionelle Spaltung überwindet, alle sozialen Schichten integriert und das christliche Menschenbild und damit die Würde jedes einzelnen Menschen als Handlungsgrundlage anerkennt.

Der Berliner Gründungsaufwurf wurde am 26. Juni 1945 unterzeichnet. Zu den 35 Unterzeichnern gehörten u.a. Andreas Hermes, Otto-Heinrich von der Gablentz, Jakob Kaiser, Heinrich Krone, Ernst Lemmer, Otto Lenz, Elfriede Nebgen, Otto Nuschke. Sie riefen auf zur Sammlung der christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat. Sie plädierten für einen demokratischen Rechtsstaat, für die Achtung der Ehre, Freiheit und Menschenwürde.

Gemeinsam war allen Gründungen auf lokaler und regionaler Ebene der Wille zur Gründung einer gesamtdeutschen Partei. Auf einem Reichstreffen vom 14. bis 16. Dezember 1945 in Bad Godesberg einigten sich die Delegierten mit Ausnahme der bayerischen CSU auf den Namen CDU. Vertreter der SBZ konnten wegen fehlender Reisegenehmigungen nicht teilnehmen.

Welche Parteien gab es neben der CDUD in der SBZ/DDR?

Grundlage aller Parteigründungen in der SBZ/DDR war die Genehmigung der Besatzungsmacht, der sowjetische Befehl zum Aufbau „antifaschistischer“ Parteien vom 10. Juni 1945. Dieser unterstellte die Parteien in der SBZ ausdrücklich der Kontrolle und den Weisungen der sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD).

Zuerst gründete die Gruppe Ulbricht am 11. Juni die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), es folgten die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD, 15. Juni), die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDUD, 26. Juni) und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD, 5. Juli). Die SMAD unterstützte den Aufbau der KPD-Führungskader um Walter Ulbricht, die aus dem Moskauer Exil zurückgekommen waren und eine Diktatur nach sowjetischem Vorbild errichten sollten. Die SPD wurde schließlich im April 1946 zur Vereinigung mit der KPD gezwungen; die Partei trug fortan den Namen Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED).

Weil CDUD und LDPD bei den Wahlen 1946 aus Sicht der SED zu erfolgreich waren, betrieb die SED die Gründung einer künstlichen Konkurrenz durch die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD, April 1948) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD, 25. Mai 1948).

Exkurs: Der „antifaschistische“ Gründungsmythos der SED

Noch in der „Entschiessung der Einheitsfront der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien Deutschlands“ vom 30. Oktober 1945 (ACDP, 07-011:2178; s. dazu auch Protokoll Sitzung des Gründungsausschusses, 01.11.1945, ACDP, 07-011:708) heißt es:

„Als Mitglieder einer der antifaschistisch-demokratischen Parteien können ehemalige Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen keine Aufnahme finden (...). Diese Beschränkungen gelten nicht:

- a) für diejenigen ehemaligen Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen, die wegen ihres politischen Verhaltens aus diesen Organisationen ausgeschlossen oder wegen ihrer politischen Haltung ihrer Freiheit beraubt oder unter Anklage gestellt worden sind, oder die nachweisbar unter Einsatz ihrer Person am Kampf gegen den Nazismus teilgenommen haben:
- b) für lediglich nominelle Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen, die nach dem 1. Januar 1920 geboren sind.“

In der Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses der Einheitsfront der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien Deutschlands am 14. März 1946 (ACDP 07-011:809) wurden die „Richtlinien über Sühnemassnahmen gegen die aktiven Nazis und über Einstellung der Sondermassnahmen gegen nominelle Mitglieder der aufgelösten Nazipartei“ verabschiedet. Dort wurde noch einmal die „Versagung der politischen Rechte einschliesslich der Zugehörigkeit zu den Gewerkschafts- oder anderen Berufsvertretungen und zu den antifaschistisch-demokratischen Parteien“ bekräftigt.

Noch am 14. August 1947 formulierte der Organisationsausschuss der CDUD in Anwesenheit aller Landesverbände der SBZ in den „Richtlinien der Union“ als Voraussetzung für die Mitgliedschaft: „Von der Aufnahme sind Mitglieder der ehemaligen NSDAP und deren Gliederungen grundsätzlich ausgeschlossen. Ausnahmen kann der Vorstand des Landesverbands auf Grund der in seinem Wirkungsbereich allgemein gültigen Bestimmungen zulassen.“ (Anlage zum Protokoll der Vorstandssitzung, 18.08.1947, ACDP, 07-011:2037)

Parallel betrieb die SED in der „Pg-Frage“ die Argumentation, dass die Rehabilitierungen aufhören sollten und nur noch die Kriegsverbrecher und Aktivisten zu verfolgen seien (Protokoll der Vorstandssitzung, 09.07.1946, ACDP, 07-011:2179).

Tatsächlich aufgenommen hat die SED ehemalige Nationalsozialisten bereits 1946, als erste deutsche Partei nach dem Krieg. Der Wille zur Integration nomineller, d.h. nicht aktiver NSDAP-Mitglieder kam in der SED-Führung schon sehr früh auf. Bereits im Januar 1946 notierte der SED-Vorsitzende Wilhelm Pieck, man solle sie zum Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung heranziehen. Auch Otto Grotewohl argumentierte im Juni 1946 in diese Richtung.

Erst mit dem SMAD-Befehl 201 vom 16. August 1947 schufen die Sowjets die Grundlagen für die Integration der nominellen NSDAP-Mitglieder in Partei und Gesellschaft. Danach war zu unterscheiden zwischen nominellen und aktiven Nationalsozialisten. Erstere konnten ihr passives und aktives Wahlrecht wieder

Die Mitgliedschaft in der NSDAP verhinderte keine Karriere in der SED bzw. offiziellen Funktionen in der DDR.

erlangen und sich auch in anderen Bereichen der Gesellschaft wieder integrieren. Sie waren nicht weiter zu verfolgen.

In der DDR machten ehemalige Mitglieder der NSDAP sehr wohl Karriere, sowohl im Staatsapparat als auch in der SED. 1954 waren 27 Prozent aller Mitglieder der SED ehemalige Mitglieder der NSDAP und deren Gliederungen. Auch in der Verwaltung der DDR fassten sie Fuß: 1954 waren 32,2 Prozent aller Angestellten im Öffentlichen Dienst der DDR ehemalige Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen.

Welchen Repressalien war die CDU in der SBZ ausgesetzt?

Erster Vorsitzender der CDU in der SBZ wurde Andreas Hermes, sein Stellvertreter Walther Schreiber. Hermes' Widerstand gegen die sowjetischen Vorgaben – z.B. gegen die Abtrennung der ehemaligen deutschen Ostgebiete und gegen die entschädigungslosen Enteignungen im Zuge der Bodenreform in der SBZ – führte zur Ablösung der Vorsitzenden durch die SMAD im Dezember 1945.

Der Nachfolger Jakob Kaiser akzentuierte die Programmatik in Richtung des „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“. Dieser erwies sich als wirksames Instrument in der Auseinandersetzung mit der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht.

Bei den noch halbwegs freien Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen im Herbst 1946 konnte die Union in der SBZ zwischen 10% und 25% der Stimmen auf sich vereinen. Dies war weniger, als sie selbst erwartet hatte, aber respektabel angesichts der andauernden Behinderung durch die sowjetische Militärmacht.

In der Folgezeit verweigerte Kaiser immer dann der SED-Politik die Zustimmung, wenn er demokratische Grundrechte oder die Einheit Deutschlands gefährdet sah. Als er im Spätherbst 1947 die Mitarbeit beim „Deutschen Volkskongreß“ verweigerte, da es ein undemokratisch zustande gekommenes Delegiertenparlament war, das sich selbst als legitime Vertretung Deutschlands sah, wurde er von der SMAD abgesetzt. Weil er um seine persönliche Sicherheit fürchten musste, floh er in die Westsektoren Berlins.

In den folgenden Monaten kam es zu einer tiefgreifenden politischen Säuberung in der Ost-CDU, die über Mandatsentzug bis zur Verhaftung und Verurteilung durch ein sowjetisches Militärtribunal reichte. Bis zum Oktober 1950 verlor die Ost-CDU ca. 25% ihrer Mitglieder. Von den 35 Unterzeichnern des Berliner Gründungsaufrufs befanden sich 1950 nur noch zwei in der DDR. Bis zum Ende der DDR wurden 3.000 Mitglieder inhaftiert, 50 hingerichtet.

Warum gab es zwei „CDUs“?

Am 19. Dezember 1947 setzte die SMAD Jakob Kaiser und Ernst Lemmer ab. In der Folge gingen von den ersten 14 gewählten Mitgliedern des CDU-Hauptvorstandes der SBZ zehn in den Westen und gründeten das „Büro Jakob Kaiser“ in West-Berlin. Im September 1948 wurde die Gruppe von der CDU/CSU als demokratisch legitimierte Vertretung der CDU-Mitglieder in der SBZ anerkannt und die Exil-CDU in West-Berlin gegründet. Kaiser opponierte von hier aus gegen Otto Nuschke, den neuen Vorsitzenden der CDU in der DDR. Dieser wiederum bezeichnete Konrad Adenauer als Feind Nummer eins. Der offizielle Kontakt zwischen den „Schwesterparteien“ brach ab. Adenauer wurde Vorsitzender einer Regierungspartei in der Bundesrepublik Deutschland, der eine ostdeutsche Blockpartei gegenüberstand.

Eine freie demokratische Beteiligung am Aufbau des politischen Systems der DDR war nicht möglich. SMAD und SED führten in der CDU Säuberungen durch.

Mit der Errichtung des „Eisernen Vorhangs“ in Europa war eine praktische Umsetzung des gesamtdeutschen Geltungsanspruchs nicht mehr möglich.

Am 20./22. Oktober 1950 erfolgte in Goslar der Zusammenschluss der Landesverbände der Union in der Bundesrepublik Deutschland (ohne die bayrische CSU). Der gesamtdeutsche Geltungsanspruch wurde jedoch nicht aufgegeben. So heißt es im Statut von 1950: „Die CDU gliedert sich in Landesverbände. Den Landesverbänden gleichgestellt sind jene Gebietsteile Deutschlands, in denen freie Wahlen zur Zeit nicht abgehalten werden oder die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Geschehen nicht teilnehmen können.“

Wie wurde die Ost-CDU zur Blockpartei?

Zwischen 1948 und 1952 befand sich die Ost-CDU „zwischen Widerstand und Gleichschaltung“. Alles lief darauf hinaus, durch Verdrängung der demokratischen Parteien, durch Besetzung der Schaltstellen in der öffentlichen Verwaltung und in den gesellschaftlichen Organisationen sowie durch radikale Verstaatlichung des Handels, der Industrie und des Bankwesens nach sowjetischem Muster ein kommunistisches System in der SBZ/DDR zu errichten. Innerhalb der Ost-CDU entwickelte sich eine Auseinandersetzung: Sollte man bleiben und Widerstand leisten oder der SBZ/DDR den Rücken zukehren und in den Westen gehen? Viele entschieden sich für den Weg nach Westen. Der Rückzug eines Großteils der Parteimitglieder wurde häufig durch die Bestellung von hauptamtlichen Parteifunktionären ausgeglichen, die natürlich ganz anders an die Vorgaben der Parteiführung gebunden waren.

Vermeintliche Mitbestimmungsrechte erwiesen sich als Schritte zur Blockpolitik und gelenkten Gleichschaltung. So wurde Otto Nuschke, der Nachfolger von Jakob Kaiser im Parteivorsitz, 1949 Stellvertretender Ministerpräsident. Georg Dertinger, der Generalsekretär, wurde zum Außenminister der DDR ernannt. Während Nuschke sich auf die Kirchenpolitik konzentrierte und versuchte, dort im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Kirchen und in Einzelfällen bei Verhaftungen helfend tätig zu werden, hegte Dertinger aufgrund seiner Kontakte zur sowjetischen Besatzungsmacht Illusionen über seinen politischen Spielraum. Obwohl er noch auf dem 6. Parteitag der Ost-CDU im Oktober 1952 die „führende Rolle“ der SED anerkannte, wurde er im Januar 1953 verhaftet und später zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt. Damit war jedem Eigenleben an der Spitze der Ost-CDU ein Ende gesetzt.

Gerald Götting wurde die eigentlich beherrschende Figur der Partei. Persönlich korrupt, war er ein rücksichtsloser Opportunist und ordnete als Generalsekretär (1949-66) und Parteivorsitzender (1966-89) die Partei völlig der Linie der SED unter.

Mit den Meißener Thesen des „Christlichen Realismus“ bekannte sich die Ost-CDU im Oktober 1951 zur sozialistischen Gesellschaftsordnung. Auf ihrem 6. Parteitag im Oktober 1952 akzeptierte die Ost-CDU die führende Rolle der SED „vorbehaltlos“. Die Ost-CDU war eine weitgehend „gleichgeschaltete“ Partei geworden. Seit den späten fünfziger Jahren unterschied sich ihre offizielle Parteideologie von der SED nur noch durch eine andere weltanschauliche Begründung für das politische Handeln.

Vertraute die SED der Ost-CDU?

Nein. Seit der Jahresmitte 1952 baute die SED ein umfangreiches Kontrollsystem auf, das ihr nicht nur eine gründliche Kenntnis über vorhandene Stimmungen in den Blockparteien vermitteln sollte, sondern auch entscheidende Einflussnahme auf

Durch den Austausch des Führungspersonals und politischen Druck auf die Mitglieder formten SMAD und SED die CDU zur Blockpartei.

Zwischen Anpassung und der Suche nach politischen Freiheiten agierte die CDU im politischen System der DDR, oftmals im Visier der Stasi.

deren Aktivitäten erlaubte. Der „Sektor Befreundete Organisationen“ innerhalb der ZK-Abteilung „Leitende Organe der Parteien und der Massenorganisationen“ erstellte Berichte über die Lage in den Blockparteien und leitete diese Beurteilungen an den zuständigen Sekretär des Zentralkomitees weiter.

Die SED gab Hinweise zur Abberufung von Funktionären, griff in die Neubesetzung von Stellen des hauptamtlichen Parteiapparates ein. Die enge Form der Anleitung und Kontrolle führte dazu, dass die offiziellen Erklärungen der Ost-CDU sowie die Parteitage, die Bezirks- und Kreisdelegiertenkonferenzen überwiegend den Erwartungen der SED entsprachen.

In den Ortsgruppen wies die Kontrolle jedoch zum Teil erhebliche Lücken auf. Die Beobachtung der Veranstaltungen erfolgte sporadisch. Folglich konnte im vertrauten Kreis offener gesprochen werden. Unterhalb der Funktionärebene versuchten Mitglieder eine gewisse Eigenständigkeit zu wahren. Starke kirchliche Orientierungen waren hierfür charakteristisch, insb. in den katholischen Mehrheitsgebieten im Eichsfeld sowie im Sorbengebiet.

Nicht zuletzt die deutliche Kritik von der Parteibasis bei der Niederschlagung des Aufstands am 17. Juni 1953 und bei der Bekämpfung der evangelischen „Jungen Gemeinde“ durch SED, FDJ und staatliche Organe zeugten vom Unmut. Seit Anfang der 1950er Jahre wurde die Ost-CDU daher zunehmend zum Ausspähungsobjekt für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), dem „Schild und Schwert“ der SED. Seitdem ergänzte die Informationsbeschaffung mit geheimdienstlichen Mitteln die offene Kontrolle durch die SED.

War die Ost-CDU die Vertretung der Christen in der DDR?

Nein. Aus Sicht der SED bestand die Aufgabe der Ost-CDU darin, die christlichen Bürger und selbständigen Berufsgruppen (Handwerker, Einzelhändler, Unternehmer) in das politische System einzubinden. Die „politisch-ideologische Überzeugungsarbeit“ erfolgte in monatlichen Ortsgruppenversammlungen und den in der Mitgliedschaft ungeliebten Schulungsveranstaltungen des Politischen Studiums.

Die „C-Partei“ war nicht automatisch Kirchenpartei.

Doch die der Ost-CDU im politischen System der DDR zugeordnete Rolle, das Verhältnis zu den Kirchen zu stabilisieren und Christen in den Sozialismus einzubinden, erfüllte die Partei seit den 1950er Jahren immer weniger. Die zumindest seit der Mitte der fünfziger Jahre eindeutige Unterstützung staatlicher Positionen gegen die Interessen beider Kirchen lässt die distanzierte Haltung von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern als eine natürliche Folge erscheinen. In der katholischen Kirche war mit dem „Preysing-Erlass“ des Berliner Kardinals Konrad von Preysing im Dezember 1947 und seiner offiziellen Ablehnung der „Nationalen Front“ 1950 auch kirchenamtlich jeder Verkehr mit den gleichgeschalteten Parteien in der SBZ/DDR abgebrochen worden. Seitens der evangelischen Landeskirchen war es vor allem Bischof Otto Dibelius, der immer wieder öffentlich Verletzungen von Religionsfreiheit und Menschenrechten durch das SED-Regime anprangerte.

Von den knapp acht Millionen Christen in der DDR traten nur etwa 100.000 „ihrer“ Partei bei. Für überzeugte Christen war der atheistische Grundzug des Kommunismus eine entscheidende Hemmschwelle. Sie erwarteten von ihrer Parteileitung, dass sie die Interessen der Christen gerade in einem sozialistischen Staat kräftig vertrat.

Mit Beginn der Ära Honecker 1971 nahm die SED das Bemühen um die christlichen Bevölkerungskreise zunehmend selbst in die Hand. Die Ost-CDU wurde als Zwischeninstanz kaum noch gebraucht, zumal sie ihre Vermittlungsfunktion aus der Sicht der SED ohnehin nur unzulänglich erfüllt hatte.

War die Ost-CDU ein Teil des DDR-Machtapparats?

Die Ost-CDU war Teil des Systems, nicht jedoch der Macht. In den staatlichen Organen war die Ost-CDU nur soweit vertreten, wie es die „Nationale Front“ zuließ. Das formell oberste Organ, die Volkskammer, tagte etwa vier Mal jährlich und entschied bis 1989 mit einer Ausnahme (1972: „Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft“) einstimmig. Der Ministerrat (= Regierung) war nur eine nachrangige Instanz zum Absegnen von Beschlüssen und Gesetzentwürfen der SED-Führung. Der Staatsrat (= kollektives Staatsoberhaupt, Nachfolgeorgan des Amtes des Präsidenten der DDR) hatte rein repräsentative Aufgaben.

Die tatsächliche Macht lag bei den SED-Parteiorganen Generalsekretär, Politbüro und Sekretariat des Zentralkomitees. Der absolute Führungsanspruch der SED war zudem seit dem 6. April 1968 offiziell in der Verfassung der DDR verankert. Darin wurde auch mit Zustimmung der Ost-CDU die Zweistaatlichkeit Deutschlands festgeschrieben.

Waren die Motive für einen Eintritt in die Ost-CDU die gleichen wie für einen Eintritt in die SED?

Die Ost-CDU war die mitgliederstärkste unter den vier kleineren Blockparteien. Ihren höchsten Mitgliederstand hatte sie Ende 1948, vor Beginn der Säuberungswellen, mit 218.000 Mitgliedern. Ende 1989 zählte sie knapp 135.000 „Unionsfreundinnen und -freunde“; das bedeutete einen Anteil von 0,8% der DDR-Bevölkerung.

Die Ost-CDU war die einzige Partei, die offiziell eine von der atheistischen SED abweichende Weltanschauung vertrat. Mit dem Eintritt konnte man Loyalität dokumentieren und zugleich Distanz zur SED halten. Für berufliche Spitzenpositionen war die Ost-CDU nicht die „richtige“ Partei; die gläserne Decke für SED-Genossen hielt sie davon fern. Andererseits wurde ihren Mitgliedern die Möglichkeit eröffnet, auf attraktive Stellen – insbesondere im Sozial- und Gesundheitswesen – zu kommen und somit beruflich nicht ganz abzufallen. Viele Mitglieder sahen die Partei als christliche Nische oder Wirkungsmöglichkeit in einer sozialistischen Gesellschaft.

Die Genehmigungen von Eintritten in die Ost-CDU waren den Kreisparteileitungen vorbehalten, unterlagen also dem Vorbehalt der SED.

Was waren die Voraussetzungen für eine Annäherung von CDU und Ost-CDU 1989/90?

Die Ost-CDU war die einzige der Blockparteien, die noch vor dem Mauerfall einen Selbstreinigungsprozess durch die Basis eingeläutet und ihre Reformfähigkeit unter Beweis gestellt hat.

Die Ost-CDU war Teil des Systems, nicht jedoch der Macht.

Die Mitgliedschaft in der CDU konnte gleichzeitig Loyalität und Distanz zur SED ausdrücken.

Als der Ostblock in den 1980er Jahren in die Krise geriet und Rufe nach Reformen lauter wurden, regte sich auch in der Ost-CDU – nicht an der Parteispitze, aber an der Basis – der Wille nach Partizipation, Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit. Eine neue Generation stellte Autoritäten zunehmend in Frage. Die Ideologie verlor an Glaubwürdigkeit.

Brief aus Neuenhagen

Erste Proteste sind seit 1986 nachweisbar. Besonders aufgeschreckt wurde die Parteiführung um Götting vom Protestschreiben der Ortsgruppe Neuenhagen, die am 27. Juni 1988 den fehlenden geistigen Pluralismus, generelle Demokratiedefizite, die mangelnden Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger und das Verhältnis von Staat und Kirche kritisierte. Als Repressionsmaßnahmen führte die Parteiführung „klärende Gespräche“ mit der Ortsgruppe und vernichtete nahezu alle Exemplare des Briefes. Nicht zuletzt wurde die Initiatorin, die Ärztin Else Ackermann, aus ihrer Arbeitsstelle an der Akademie der Wissenschaften gedrängt.

1988 verstärkte sich die Reformdiskussion. Eine Mehrheit der Mitglieder lehnte den „real existierenden Sozialismus“ in wesentlichen Punkten ab. Die Diskussionen fanden statt in Mitgliederversammlungen, Schulungsstätten und in Gremien mit engen Kontakten zu den Kirchen. Auch im „Arbeitskreis für Kirchenfragen“ beim Hauptvorstand der Ost-CDU waren kritische Stimmen zu hören. Es ging dabei immer wieder um die Entwicklung in der Sowjetunion und in den übrigen Staaten des Ostblocks sowie die Ideologie des Marxismus/Leninismus. Aber auch die allgemeinen Diskussionen in der Bevölkerung, die sich um Versorgungsprobleme, fehlende Freiheiten, die totalitäre Bevormundung durch SED und Staatsapparat drehten, kamen zur Sprache. Doch nach außen prägten weiterhin die SED-treuen Funktionäre das Bild der Ost-CDU.

Brief aus Weimar

Im „Brief aus Weimar“ vom 10. September 1989 wurde daher ein personeller und programmatischer Neuanfang gefordert. Verfasser waren vier kirchennahe Ost-CDU-Mitglieder: die Synodale Martina Huhn, der später als IM enttarnte Oberkirchenrat Martin Kirchner (einer der vielen Versuche des MfS, Oppositionsgruppen zu unterwandern), die Pastorin Christine Lieberknecht und der Kirchenrat Gottfried Müller. Sie beklagten das Demokratiedefizit in der DDR und in der Ost-CDU, kritisierten die Reisegesetzgebung, forderten eine stärkere Profilierung der Ost-CDU und eine neue Wahlgesetzgebung. Die Parteiführung unter Götting reagierte panisch, wollte den Brief verschwinden lassen und eine innerparteiliche Diskussion unterbinden. Aber die Weitergabe des Textes unter der Hand löste innerparteiliche Diskussionen und letztendlich einen Umschwung aus. Am 26. September kam es zu einem Gespräch mit den Autoren, am 9. Oktober zu einem Kommuniqué über dieses Gespräch, und schließlich wurde am 26. Oktober der Text im Parteiorgan „Neue Zeit“ veröffentlicht. Die Absetzung des reformunwilligen Parteivorsitzenden Gerald Götting ist eine der ersten Forderungen der Basis im revolutionären Herbst 1989. Am 2. November erfolgte schließlich sein Rücktritt – eine Woche vor dem Mauerfall.

Erste Kontakte

Am 10. November wurde Lothar de Maizière, Rechtsanwalt und Vizepräsident des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Vorsitzender der Ost-CDU.

Die Basis der CDU stieß den Selbstreinigungsprozess an.

Innerparteiliche Proteste führten zum Austausch der Parteileitung.

Die Annäherung zwischen den beiden „CDUs“ erfolgte zunächst über persönliche Kontakte.

Die westdeutsche CDU verhielt sich zunächst abwartend. Eine Zusammenarbeit war lange umstritten, bis deutlich wurde, dass es sich wirklich um einen Neuanfang handelte. Offizielle Kontakte gab es seit vierzig Jahren nicht, lediglich vereinzelte Kontakte auf kommunaler Ebene. Über Kontakte zu Bürgerrechtlern insb. aus dem Demokratischen Aufbruch wurden weitere Hürden abgebaut.

Die West-Berliner CDU unter Eberhard Diepgen, die hessische CDU mit ihrem Generalsekretär Franz-Josef Jung und die Junge Union forcierten entsprechende Kontakte, um die reformerischen Kräfte zu ermutigen. Nach dem Mauerfall, als bereits 30 Unionspolitiker Kontakte zur Ost-CDU unterhielten, erteilte der Parteivorsitzende und Bundeskanzler Helmut Kohl seinem Generalsekretär Volker Rühle den Auftrag zu informellen Gesprächen mit der Führung der Ost-CDU. Dabei ging es vor allem um die Klärung der Frage, ob die Ost-CDU als ehemalige Blockpartei vom Sozialismus Abschied nehmen und Chancen bei freien Wahlen in der DDR haben würde.

Hat sich die Ost-CDU von ihrer Vergangenheit distanziert? Sonderparteitag 15./16.12.1989

Die Ost-CDU stellte sich ihrer Vergangenheit und öffnete den Weg für einen Neuanfang.

Noch im November 1989 strich die Ost-CDU aus ihrer Satzung die Anerkennung der führenden Rolle der SED und forderte die Auflösung des „Demokratischen Blocks“, der Vereinigung politischer Parteien und Organisationen in der DDR. Am 5. Dezember trat sie aus und half dabei, am „Zentralen Runden Tisch“ den Weg zu demokratischen Wahlen zu ebneten.

Bei einem kurzfristig anberaumten Sonderparteitag der Ost-CDU am 15./16. Dezember 1989 im Kino Kosmos in Berlin präsentierte sich eine neue Partei: Die meisten der knapp 800 Delegierten wurden aufgrund demokratischer Wählerversammlungen in den Ortsgruppen und Kreisen bestimmt. Der erst im November vom alten Hauptvorstand zum Parteivorsitzenden bestellte Lothar de Maizière wurde nun per Wahl im Amt bestätigt. Er erhielt 714 von 759 abgegebenen Stimmen. Inhaltlich bedeutsam sind die gefassten Beschlüsse: Die Ost-CDU bekannte ihre „Schuld an den Deformationen (...) unseres Landes“. Zu viele hätten aus Angst, aus Resignation, aus Überheblichkeit gegenüber Mahnern und Kritikern nicht widerstanden, „wo dies um der Menschen willen notwendig gewesen wäre.“ Ziel war eine Partei der „demokratischen Erneuerung“, die für die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, strikte Gewaltenteilung zwischen Parlament, Regierung und Rechtsprechung eintritt. Als erste der ehemaligen Blockparteien bekannte sich die Ost-CDU zur deutschen Einheit und erteilte dem Sozialismus, auch einem erneuerten Sozialismus, eine Absage.

Regierung der nationalen Verantwortung

Mit der Lossprechung von der SED ermöglichte die Ost-CDU eine stärkere Beteiligung der Bürgerrechtler am Runden Tisch.

Mitte Januar 1990 bestimmte die Debatte um den Verbleib in der Regierung Modrow die politische Auseinandersetzung in der CDU der DDR. Generalsekretär Martin Kirchner (später als IM des Ministeriums für Staatssicherheit enttarnt) folgte dem Votum der Reformer in den Reihen der CDU und kündigte am 17. Januar ohne Rücksprache die Absicht zum Austritt aus der von der SED/PDS dominierten Regierung an. Der Vorsitzende Lothar de Maizière erhob dagegen nach dem Beschluss des Präsidiums vom 19. Januar am 21. Januar noch die Forderung, den „Runden Tisch“ an der Regierung zu beteiligen.

Wie sollte es bis zur Volkskammerwahl, die zunächst für den 6. Mai vorgesehen war, weitergehen? Schließlich verabschiedete das Präsidium der CDU in der DDR am 25. Januar 1990 eine Erklärung, die den Rückzug ihrer Minister aus der Regie-

rung Modrow begründete: „Die CDU hat über Wochen – auch gegen Stimmen aus der eigenen Basis – die Regierung von Ministerpräsident Dr. Modrow mitgetragen, um Stabilität zu schaffen und eine geordnete Entwicklung hin zu freien Wahlen am 6. Mai 1990 zu ermöglichen. (...) Die derzeitige Regierung ist ohne unser Verschulden in eine Krise geraten, die von der CDU nicht mehr mitverantwortet werden kann. Um den Weg für Verhandlungen mit den neuen Parteien und Gruppierungen frei zu machen, zieht die CDU ihre Minister aus der Regierung zurück (...). Die CDU-Minister werden ihre Ämter lediglich kommissarisch weiterführen. Die CDU geht davon aus, daß die Geschäftsführung bis zum 9.2.90 gilt. Sollte bis dahin keine Übereinkunft gefunden worden sein, wird der Parteivorstand abschließend befinden.“

Die Verhandlungen mit den Beteiligten des Runden Tisches liefen auf Hochtouren. Am Ende entsandten die Bürgerrechtler mit Wirkung vom 5. Februar acht Vertreter als Minister ohne Geschäftsbereich in die Regierung Modrow: Walter Romberg (SPD), Rainer Eppelmann (Demokratischer Aufbruch), Sebastian Pflugbeil (Neues Forum), Wolfgang Ullmann (Demokratie Jetzt), Tatjana Böhm (Unabhängiger Frauenbund), Gerd Poppe (Initiative Frieden und Menschenrechte), Klaus Schlüter (Grüne Liga) und Matthias Platzeck (Grüne Partei).

33 Mitglieder bildeten nun die Regierung der nationalen Verantwortung: Unter Vorsitz von Hans Modrow (SED/PDS) arbeiteten 13 Minister der SED/PDS, vier der LDPD, drei der CDU in der DDR, je zwei der NDPD und der DBD sowie die genannten acht Bürgerrechtler. Die CDU stellte die Minister Lothar de Maizière (Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Kirchenfragen), Gerhard Baumgärtel (Minister für Bauwesen und Wohnungswirtschaft) und Klaus Wolf (Minister für Post und Fernmeldewesen). Hauptaufgabe der Regierung war ein geordneter Übergang bis zu den ersten freien Volkskammerwahlen.

Allianz für Deutschland

Die Vorverlegung des Termins für die Volkskammerwahl vom 6. Mai auf den 18. März 1990 beschleunigte den Annäherungsprozess. Die CDU-Führung unter Helmut Kohl traf die strategische Entscheidung, für die Volkskammerwahl einerseits klar auf einen politischen Wandel zu setzen, andererseits die logistischen Möglichkeiten der CDU in der DDR zu nutzen. In der „Allianz für Deutschland“ kooperierte die CDU in der DDR mit den Bürgerrechtlern wie Rainer Eppelmann und Angela Merkel aus dem Demokratischen Aufbruch (DA) und der Deutschen Sozialen Union (DSU). Das Wahlergebnis zeigte deutlich, dass die Wähler Helmut Kohl, den Garanten für eine rasche Wiedervereinigung wählten, und eine komplette Erneuerung wünschten. Die am 5. Februar 1990 gegründete Allianz errang 48% (CDU 40,8; DSU 6,3; DA 0,8). Nach der Wahl und gefördert durch den Beitritt des DA in die CDU im August 1990 ließen sich die reformorientierten Kräfte weiter stärken. Wahlsieger de Maizière wurde als neuer Ministerpräsident mit der Regierungsbildung beauftragt.

Beitritt

Die Ost-CDU erweiterte sich im August 1990 aufgrund des Beitritts des Demokratischen Aufbruchs und im September 1990 durch den der Demokratischen Bauernpartei.

In Hamburg erfolgte 1990 schließlich die Vereinigung der CDU und der CDU in der DDR: Mit Aufnahme der in den neuen Ländern gegründeten Landesverbände in die CDU am 1. Oktober 1990 in Hamburg schlossen sich die Christlichen Demokraten

Mit dem Wahlbündnis wurde die CDU zur Partei, die sich für die deutsche Einheit einsetzte.

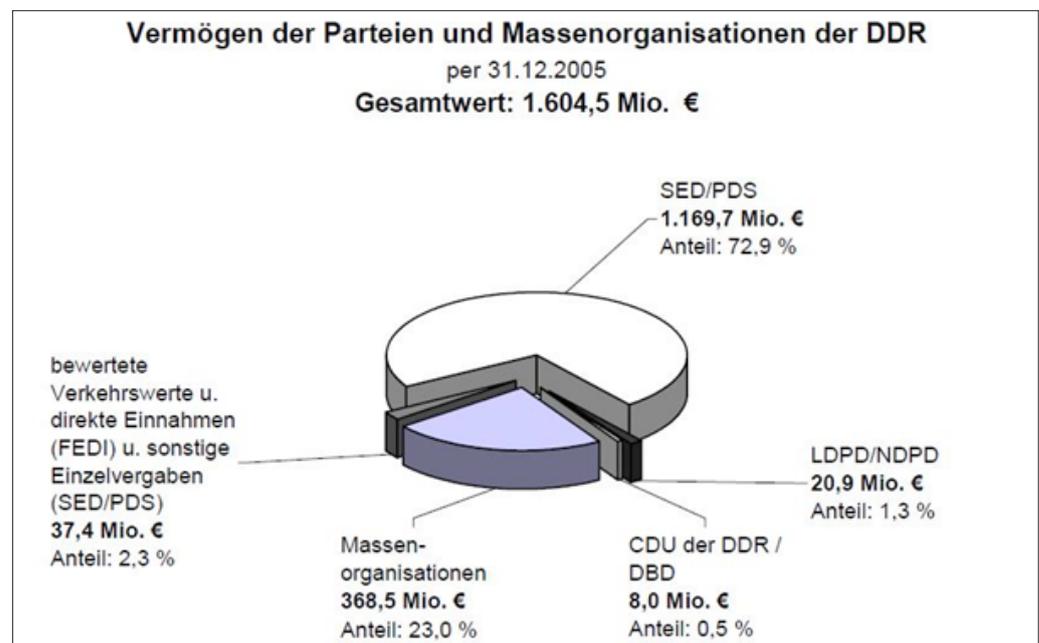
Die Annäherung der beiden „CDUs“ fand ihren offiziellen Abschluss im Beitritt der neuen Landesverbände.

erstmalig in ihrer Geschichte zu einer Partei in ganz Deutschland zusammen. Seitdem hat ein deutlicher Wandel in der Mitgliederstruktur eingesetzt: 82% der Mitglieder der ostdeutschen Landesverbände sind erst nach der Wende in die CDU eingetreten (Stand Sep. 2008).

Wo blieb das Vermögen der CDUD?

Laut Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (UKPV), die noch auf der Grundlage eines Gesetzes der Volkskammer der DDR vom 31. Mai 1990 durch Ministerpräsident Lothar de Maizière eingesetzt und anschließend durch den Einigungsvertrag übernommen wurde, verteilte sich das zu überprüfende Vermögen wie folgt:

Die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR prüfte die Finanzen der Blockparteien.



Quelle: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik_Gesellschaft/DeutscheEinheit/UKPV_Abschlussbericht.pdf;jsessionid=F95D30F07E2195AB14A97177C2AD7418.2_cid364?__blob=publicationFile, S. 27.

Am 15. November 1990 bekundeten der Parteivorsitzende Kohl und Generalsekretär Rühle in einer notariellen Erklärung gegenüber der Treuhandanstalt (THA) und der UKPV den Verzicht auf das gesamte, der treuhänderischen Verwaltung unterliegende Altvermögen der CDU der DDR. Die gewerblichen Unternehmen wurden von der THA im Einvernehmen mit der UKPV verwertet und die Erlöse zugunsten gemeinnütziger Zwecke im Sinne des Einigungsvertrages verwendet.

Das flüssige Vermögen wurde nicht in die treuhänderische Verwaltung durch die THA übernommen. Diese Geldmittel (inklusive des Vermögens der DBD) wurden auf die fünf neuen Landesverbände übertragen (etwa 8,1 Mio. DM = ca. 4 Mio. €). Das Barvermögen wurde für die Abdeckung von Abwicklungsverbindlichkeiten der CDU in der DDR sowie für die Modernisierung der Ausstattung der übernommenen Geschäftsstellen verwendet.

Die UKPV hat 1995 festgestellt, dass kein Anspruch gegen die CDU auf Rückzahlung von Altvermögen der CDU der DDR aus dem Bereich flüssiger Mittel bestand, da die CDU in der Folgezeit damit Altlasten der CDU in der DDR getilgt hat. An dieser

Stelle sei angemerkt, dass die UKPV in ihrem Bericht konstatiert, dass die PDS ihrer von der Volkskammer beschlossenen Berichtspflicht zu den Firmen in ihrem Eigentum nicht nachgekommen ist. Diese Beurteilung decke sich mit den Feststellungen des 2. Untersuchungsausschusses der 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, der seine Aufklärungsarbeit „...durch die geschlossene Aussageverweigerung der im Jahre 1990 – und größtenteils auch heute noch – Verantwortlichen der PDS in geradezu konspirativer Art und Weise behindert“ sah. Letztendlich wurde die Ermittlung des SED-Altvermögens durch einen Vergleich eingestellt.

Zur DBD

Im August/September 1990 trat die DBD der CDU der DDR bei. Die CDU der DDR wurde damit Rechtsnachfolgerin der DBD.

Es wurden zum Stichtzeitpunkt 7. Oktober 1989 flüssige Mittel (Kassenbestände und Bankguthaben) in Höhe von insgesamt ca. 16 Mio. M/DDR (= ca. 4 Mio. €) festgestellt. Neben nicht nennenswertem Grundbesitz gehörten zum Vermögen der DBD drei gewerbliche Unternehmen, und zwar der „Deutsche Bauernverlag“ und zwei Vermögensverwaltungsgesellschaften.

Das festgestellte Geldvermögen ging mit dem Beitritt der DBD zur CDU der DDR in das Vermögen der CDU der DDR über. Es stand für die gemeinnützige Verwertung durch die THA nicht mehr zur Verfügung. Das Grundvermögen sowie die Gewerbebetriebe wurden nicht auf die CDU der DDR übertragen. Sie blieben in treuhänderischer Verwaltung der THA. Die Verwertung erfolgte im Einvernehmen mit der UKPV; die Verwertungserlöse wurden zugunsten gemeinnütziger Zwecke in den neuen Ländern im Sinne des Einigungsvertrages verwendet.

http://www.bmi.bund.de/cln_104/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik_Gesellschaft/DeutscheEinheit/UKPV_Abschlussbericht.html?nn=267412 (S. 38-41)

Wie hat sich die CDU zur Ost-CDU und ihrer Vergangenheit gestellt?

Die CDU (West) hat sich seit der Absetzung und Vertreibung des letzten demokratischen Vorsitzenden der CDU in der SBZ, Jakob Kaiser, Ende 1947 immer sehr kritisch mit der Ost-CDU auseinandergesetzt. 1950 ist in der Bundesrepublik von aus der SBZ/DDR geflüchteten CDU-Mitgliedern die Exil-CDU als gleichberechtigter Landesverband innerhalb der Union begründet worden, der bis zur Wiedervereinigung Bestand hatte. Bis zum Mauerbau 1961 gab es häufige persönliche Kontakte zu oppositionellen Mitgliedern der Ost-CDU; die Zeitung der Exil-CDU, „Der Tag“, wurde in die DDR geschmuggelt. In der DDR wurden „Kaiser-Anhänger“ innerhalb der Ost-CDU vom MfS gejagt. Bis zur Wiedervereinigung gab es keinerlei offizielle Kontakte zwischen CDU und Ost-CDU, während die SPD deutlich weniger Scheu vor der Zusammenarbeit mit der SED hatte und etwa noch 1987 mit der Verabschiedung des gemeinsamen SED/SPD-Papiers in bedenklicher Weise die DDR-Staatspartei aufwertete, während gleichzeitig Oppositionelle inhaftiert und Flüchtlinge an der innerdeutschen Grenze erschossen wurden.

Die Selbstreinigung der Ost-CDU 1989/90 war ein Teil der Friedlichen Revolution und die unerlässliche Vorbedingung für eine Zusammenarbeit der CDU mit der erneuerten Ost-CDU. Durch die „Allianz für Deutschland“, das Wahlkampfbandnis zwischen Ost-CDU, Demokratischem Aufbruch (DA) und DSU, wurde der Zusammenschluss von Ost-CDU und DA sowie etlichen Mitgliedern der DSU vorbereitet,

Die große Gesamtgeschichte steht noch aus, aber viele regionale Studien widmen sich der Rolle der Ost-CDU in der DDR.

der zu einer weitgehenden personellen Erneuerung v.a. im Bereich der Mandatsträger führte. Mittlerweile sind weniger als 20% der Parteimitglieder der CDU in den neuen Bundesländern ehemalige Mitglieder der Ost-CDU.

Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag war maßgeblich an der Durchsetzung der beiden Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung von „Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ (1992-1994, 1995-1998) beteiligt, die den Ausgangspunkt der modernen, quellengestützten DDR-Forschung nach der Wende bildeten – während die PDS/Linkspartei die historische Aufarbeitung nach Möglichkeit zu hintertreiben versuchte.

Die eigentliche historische Erforschung der Parteigeschichte ist jedoch nicht in erster Linie Aufgabe der CDU selbst, sondern auch der ihr nahestehenden Konrad-Adenauer-Stiftung, die mit ihrem „Archiv für Christlich-Demokratische Politik“ und dem Wissenschaftlichen Dienst über die entsprechenden professionellen Voraussetzungen dazu verfügt. Die Vorstellung, dass seitens der CDU bzw. der Adenauer-Stiftung „Geschichtsklitterung“ und eine Schönfärberei in Bezug auf die Ost-CDU betrieben werde, geht völlig an der geschilderten Auseinandersetzung der Union mit der Ost-CDU vorbei und zeigt vor allem die fachliche Unkenntnis derjenigen, die dies behaupten. Seit der Wiedervereinigung hat es kein Jahr gegeben, in dem nicht die CDU oder die Adenauer-Stiftung mehrere Studien zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der Ost-CDU veröffentlicht haben. In den letzten Jahren hat die KAS u.a. regionale Studien u.a. zur CDU in Brandenburg und in Mecklenburg-Vorpommern veröffentlicht. Gegenwärtige Projekte konzentrieren sich vor allem darauf, für die Forschung notwendige Materialien zur Geschichte der Ost-CDU zu digitalisieren und im Netz allgemein zugänglich zu machen; im letzten Jahr wurden die „Hefte aus Burgscheidungen“ online gestellt, 2015 wird „Der Tag“ als Zeitschrift der Exil-CDU folgen.

Selbstverständlich bleiben trotz der bisher geleisteten Arbeiten noch umfangreiche Forschungsdesiderate, die die Geschichte der Ost-CDU betreffen. Sie umfassen etwa die Person des ehemaligen Parteivorsitzenden Gerald Götting, die Struktur der Parteiarbeit in den 1960er und 1970er Jahren, die Einflussnahme von SED und MfS auf allen Parteebenen etc. Für die gesamte Geschichte der SBZ/DDR gilt, dass es, vereinfacht gesagt, umfangreiche Forschungen zur Anfangs- und Endphase gibt, aber deutlich weniger für die mehr als drei Jahrzehnte dazwischen. Grundsätzlich aber ist der Forschungsstand zur Ost-CDU, vergleicht man ihn mit dem der allgemeinen DDR-Geschichte, eher als gut zu bezeichnen.

AUF EINEN BLICK

Organe der Partei

Hauptvorstand
Präsidium (HV)
Sekretariat (HV)

Publikationsorgane

(... unterlagen staatlicher Zensur
und der Sprachregelung des
„Neuen Deutschlands“)
Hefte aus Burgscheidungen
Neue Zeit (tgl.)
Union teilt mit (mtl.)

Online-Angebot der KAS

- Internetportal zur Geschichte der CDU
 - [Manfred Agethen: Die Christlich-Demokratische Union in der SBZ/DDR](#)
 - [Manfred Agethen: Ausgangslage: Vergebliches Ringen um Eigenständigkeit](#)
 - [Manfred Agethen: Organisatorischer Aufbau und Mitgliederstruktur](#)
 - [Manfred Agethen: Handlungsfelder und Funktionen der CDU](#)
 - [Manfred Agethen: Die demokratische Erneuerung der CDU 1989/90](#)
 - [Karl Schmitt: 1990: Entstehung einer gesamtdeutschen Parteiorganisation](#)
- Internetportal Mythen der DDR
 - [Wolfgang Tischner: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands \(CDUD\)](#)
- [Auswahlbibliographie](#)

Parteivorsitzende der CDUD

1945	Andreas Hermes
1946–1947	Jakob Kaiser
1948–1957	Otto Nuschke
1958–1966	August Bach
1966–1989	Gerald Götting
1989	Wolfgang Heyl (komm.)
1989–1990	Lothar de Maizière

Generalsekretäre der CDUD

1946–1949	Georg Dertinger
1949–1966	Gerald Götting
1966–1989	./.
1989–1990	Martin Kirchner

Die Autoren

*Dr. Alexander Brakel, stv. Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

*Dr. Ulrike Hospes, Leiterin der Abteilung Zeitgeschichte, Hauptabteilung Wissen-
schaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-
Stiftung e.V.*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Ansprechpartner:

**Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste /
Archiv für Christlich-Demokratische Politik**

Telefon: +49(0)2241/246-2535

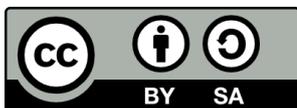
E-Mail: zentrale-wd-acdp@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 53754 Sankt Augustin

Kontakt zum Thema Publikationen:

publikationen@kas.de

www.kas.de



*Der Text dieses Werkes ist
lizenziert unter den Bedin-
gungen von „Creative Com-
mons Namensnennung-
Weitergabe unter gleichen
Bedingungen 3.0 Deutsch-
land“,*

CC BY-SA 3.0 DE

(abrufbar unter:

*[http://creativecommons.org/
licenses/by-sa/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/)*

licenses/by-sa/3.0/de/)

Bildvermerk Titelseite:

By Fornax [Public domain],

via Wikimedia Commons